SPD - Fraktion Stadt Voerde



Ratha
Der Bürgermeister 46562
Dirk Haarmann
Rathausplatz 20

Voerde, den 24.07.2014 SPD – Fraktion Stadt Voerde Rathausplatz 46562 Voerde

Antrag:

46562 Voerde

Die Ansiedlung von städtebaulich problematischen Vergnügungsstätten wie Spielhallen, Wettbüros, Erotikfachmärkte etc. ist städtebaulich zu steuern. Ein entsprechendes Steuerungskonzept ist zu entwickeln.

Begründung

Laut Kommunalwahlprogramm für die Wahlperiode 2014-2020 sieht die SPD Voerde die Innenstadt als einen besonders wichtigen Entwicklungsbereich an. Das Erscheinungsbild rund um den Marktplatz Voerde kann derzeit nur als Schandfleck bezeichnet werden. Voerde braucht stattdessen ein attraktives und modernes Zentrum. Der Leerstand muss dringend behoben werden, das Zentrum muss durch niveauvolle Fachgeschäfte, Gastronomie und den Einzelhandel zur Deckung des täglichen Bedarfs aufgewertet werden.

Die Ansiedlung von weiteren -wie oben benannten- Vergnügungsstätten würde diesen Prozess umkehren.

In Verbindung mit weiteren Spielhallen oder Wettbüros im Innenstadtbereich würde sich ein Trading-Down-Effekt entwickeln, der den vorhandenen Geschäftsbestand massiv gefährden würde. Die SPD wendet sich entschieden gegen Entwicklungen, die das Stadtzentrum noch mehr zum wirtschaftlichen und städtebaulichen Brennpunkt machen.

Die SPD fordert den Bürgermeister und die Verwaltung auf, ein planungsrechtliches Instrumentarium zu erarbeiten, das Fehlentwicklungen durch weitere Ansiedlung von Vergnügungsstätten verhindert.

Der SPD ist klar, dass die oben genannten städtebaulich problematischen Vergnügungsstätten (lt. Definition) nicht grundsätzlich verhindert werden können. Ihre Existenzberechtigung wird vom Planungsrecht nicht in Frage gestellt.

Steuern kann man jedoch ihren Standort. Das hierfür notwendige Steuerungsinstrument ist zum Beispiel ein so genanntes Vergnügungsstättenkonzept, auf dessen Grundlage gesamtstädtisch Bereiche definiert werden, in denen derartige Einrichtungen zugelassen werden können.

Durch die Aufstellung, Änderung oder die Fortschreibung von Bebauungsplänen ist dann das Baurecht anzupassen. Die SPD hält die Erarbeitung eines solchen Konzeptes für dringend erforderlich, um die Attraktivität unserer Innenstadt und der Stadtteilzentren zu erhalten und städtebaulich gefährdete Gebiete zu schützen.